

Neue Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 627

Jahrgang 1912

Bezugspreis: für die Post monatlich M. 2.00, vierteljährlich M. 6.00 mit Steuer. Durch die Post bezogen zugänglich postal. Sendung.
Morgenausgabe
Anzeigerpreis: Die 1. Spalte 36 mm breit, 2. Spalte 24 mm, 3. Spalte 12 mm breit, 4. Spalte 6 mm breit, 5. Spalte 3 mm breit, 6. Spalte 2 mm breit, 7. Spalte 1 mm breit, 8. Spalte 0,5 mm breit, 9. Spalte 0,2 mm breit, 10. Spalte 0,1 mm breit.

Donnerstag, 18. Dezember

Neueste Tagesnachrichten

- Die Nationalversammlung hat gestern des Reichsnotopfer in dritter Lesung angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung den Gesetzesentwurf über die Steueränderung.
- Skupp-Offen schließt sein Geschäftsjahr mit einem Reinertrag von 38 Millionen ab.
- Der belgische Senat hat den Reichsoffizier Cobreaux mit 26 Stimmen zum Präsidenten gewählt.
- Nach einer Meldung des „Matin“ ist Bétain zum französischen Generalissimus ernannt worden, während Koch an der Spitze des internationalen Rates steht.
- Nach französischen Meldungen ist die Wahl Deschamps zum Kamerapäsidenten gesichert.
- Nach einem Telegramm aus Kap Hord hat der frühere Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Berlin Gerard an die demokratische Parteivereinigung des Ersten Reiches, ihn als Kandidaten bei der Präsidentenwahl aufzustellen.

Vor der Entscheidung

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)
Paris, 17. Dezember.

„L'Echo de Paris“ erkundigte sich, ob Oeffnung besteht, mit den belgischen Delegierten zu einer Verständigung zu gelangen, und erhielt folgende Antwort: Die belgischen Delegierten haben unter die 36 Milliarden dargelegt, denen sie bei Höhe von 400 000 Tonnen Eisenmaterial ausgesetzt sein würden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Deutschen ihre Sache auf sehr einfache Art vertreten haben. In unserer Antwort an die Berliner Regierung haben wir ausgeführt, daß wir bereit seien, die vorgebrachten Gründe zu prüfen. Wir werden dies heute tun und werden sodann mit unseren westlichen Mitarbeitern eine Entscheidung seiner Gesandtschaft mitteilen.

Amsterdam, 17. Dezember.

„Westminster Gazette“ schreibt in Bezug auf die Downing Street abgehaltenen Konferenzen, in Frankreich werde man über die Währungsfrage ein neues militärisches Sonderabkommen zwischen England und Frankreich treffen. In England sei diese Frage jedoch sehr heftig umstritten. Die Währungsfrage ist die Voraussetzung der vollkommenen Vereinigung aller Vorkaufungen, auf denen der Währungsband beruht.

Paris, 17. Dezember.

Die Militärvereinstimmtheit stellt folgende Note über die militärische Lage in Italien. Die Besprechungen bezogen sich auf die Kreisbesuche der Wiederorganisierungskommission. Sie erwiefen die Abrechnung der Vereinigten Staaten der beiden Regierungen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage wurde eingehend geprüft. Die Abrechnung des nächsten Jahres schließlich der Wirtschaft. Die britische Regierung stimmte der Aufnahme einer französischen Anleihe bei. Zeitpunkt und Höhe der selben werden in einer besonderen Vereinbarung zwischen den Regierungen festgelegt werden. Schließlich wurde festgestellt, daß das System zur Aufhebung der Ausfuhr von Getreide für einige Tage verlängert werden soll, um die Frage neuerdings zu prüfen.

Kassel, 17. Dezember.

Nach einer Berliner Sondermeldung sind die militärischen Vorbereitungen im besetzten Gebiet vorgehen eingestellt worden. Auch die Militärbesatzung der Angehörigen der alliierten Besatzungsarmee ist aufgehoben worden. Man spricht daher zur Annahme, daß die deutsche Note in Paris befriedigend aufgenommen worden ist.

Kassel, 17. Dezember.

Das Berliner „Journal“ berichtet aus London: Der Kaiser hat die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen in einem der Entente gelegenen Sinne entschieden.

London, 17. Dezember.

„Daily Telegraph“ vermeldet, daß 25 Infanteriebattalionen bereit sind, sich zur Rückkehr nach dem Vaterland bereit zu halten. Davon sollen fünf nach Argentinien, sieben nach dem Rheinland und zwei nach dem Westindien-Gebiet kommen. Der Abtransport werde wahrscheinlich im Januar beginnen.

Srankreichs Politik in Oesterreich

Wien, 17. Dezember.

Der allfranzösischen in Deutschland vertritt die Ansicht der allfranzösischen: Der allfranzösischen Interesse. Darum sucht er Deutschland selbstständig zu erhalten als Kongentrationszentrum, um das dieselben einmal auch andere deutsche Länder zu einer Art neuem Reiches, das auf die Hilfe der Sieger angewiesen ist und unter französischem Einfluß gebracht werden kann, hat für

eine Politik, die die staatliche Herrschaft des deutschen Volkes als eines ihrer letzten Ziele ansieht, hohen Wert. Die Zusagen Clemenceaus sind also ernst gemeint. Wir haben den Anstich an Deutschland nicht durchgesetzt, als Wilson noch im Male der Allierten saß. Jetzt, da Amerika ausgeschieden ist und die französisch-britische Allianz in Europa regiert, ist der Anstich natürlich erst recht nicht durchzuführen. Aus eigener Kraft zum Leben nicht fähig, von der Gemeinshaft des deutschen Volkes ferngehalten, können wir nicht anderweitig Hilfe suchen als bei der Entente. Sie entscheidet nun über uns. Kann die Entente, die sich immer mehr in Frankreich konzentriert, dem armen Deutschland helfen?

Belgiens Westorientierung

Brüssel, 17. Dezember.

Der Ministerpräsident de la Croix gab die Erklärung ab, er hoffe, daß die Verhandlung des belgisch-holländischen Abkommens von 1839 in Paris bald erledigt sein werde. Belgien müsse seine Politik nach dem westlichen Block richten, ohne jedoch die vom Allierten gebotenen Sicherheitsmaßnahmen aus dem Auge zu verlieren. Belgien werde ein Abkommen mit Frankreich und England schließen, das die Vereinigung des Landes sichern sollte. Es wünschener ferner Abmachungen mit den Allierten in wirtschaftlicher Beziehung, die freundschaftliche Beziehungen des Landes zu anderen Staaten und eine Festlegung des Wirtschaftsraumes der belgischen Industrie, des Handels usw. gewährleisten könnten. Diese Verträge würden jedoch die politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit Belgiens nicht beeinträchtigen können.

Clemenceau bleibt

Paris, 17. Dezember.

„Journal des Debats“ erklärt sich berechtigt, alle Nachrichten betreffend eine bevorstehende Umgestaltung des Ministeriums Clemenceaus zu demotivieren. Ministerpräsident Clemenceau sei fest entschlossen, seinen Wechsel in seinem Kabinett vorzunehmen, bis der Präsidenten der Republik die Kollektivbestimmung des Kabinetts überreichen werde.

Die Siumer-Regelung

London, 17. Dezember.

In Londoner amtlichen Kreisen liegen keinerlei Nachrichten über das bereits häufig erwähnte „Siumer-Abkommen“. Der eine von England und Frankreich gemeinsam abgeschlossene Note wurde dem italienischen Außenminister während der Londoner Besprechungen überreicht. Innerhalb einer Woche dürfte die Antwort der italienischen Regierung eintreffen.

Bermontstruppen in Deutschland interniert

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Berlin, 17. Dezember.

Oberst Vermont Maxwell ist gestern, nachdem seine 8000 Mann starke Truppe in Reihe und Aufmarsch interniert worden sind, mit seinem Stab in Berlin eingetroffen und mit den hiesigen militärischen Behörden über die Zukunft seiner Truppe zu beraten. Da infolge der Inaktivitätserscheinung der Bermontstruppen das Aremee völlig mittellos ist, befindet sie sich in einer schwierigen Lage.

Der Papst gegen den Bolschewismus

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Lugano, 17. Dezember.

Nach römischen Meldungen hat der Papst in seiner Ansprache die Kardinalen antwortend die jetzt laufenden Konstitutionen als wichtige Aufgabe der katholischen Kirche den Kampf gegen den Bolschewismus bezeichnet, weil dieser die Gesellschaftsordnung aller getauften Länder zu zerstören und durch gottesfeindliche chaotische Anarchie zu erleiten trachtet. Dieser Ausbruch des Papstes dürfte auf die Haltung der Deputation der italienisch-katholischen Parteipartei starken Einfluß ausüben und ein weiteres Zusammengehen mit den Sozialisten verhindern.

Hamburg und Lübeck in Kohlennot

Berlin, 17. Dezember.

Der Kohlenmangel in Hamburg hat nach den heute vorliegenden Nachrichten die Grenze des Erträglichsten erreicht. Die Probeabfuhr ist schwer gefördert dadurch, daß ein großer Teil der Mühlen am Hamburger Hafen Kohlenmangel nicht mehr richtig arbeiten kann, ebenso fällt im es aus dem gleichen Grunde um den Verkehrseisenbahnverkehrs, der Straßenbahn und der Lichterregung bedient.

In Lübeck herrscht ähnlicher Kohlenmangel, wenn auch nicht in gleichem Umfang. Diese Zustände sind eingetreten, obwohl in Ober- und Niedersachsen die Kohlenförderung den Vorkriegsstand erreicht. Auch die Wagengattung kommt der Förderung fast nach. In den letzten Tagen fehlten nur 1 bis 3 Prozent. Weltweit fällt die Lage im Ruhrgebiet, wohl deswegen, weil stürzende Lieferungen an die Entente die Verwendung der Kohlen für das deutsche Reich erheblich beeinträchtigen. Hamburg und Lübeck begeben sich aber vorwiegend aus dem Rückgang ihrer Kohlen.

Schiebungen bei der Prämienanleihe

Die der Propagandafonds von 10 Millionen verwirtschaftet wurde. — Druckaufträge mit ungeheuren Preisen. — Und trotz alledem: ein glänzender Mißerfolg.
Von unserer h. Sonderberichterstatter.)
Berlin, 17. Dezember.

Ein Skandal bei der Propaganda für die Prämienanleihe erregt zuerst in Berlin großes Aufsehen. Für die Prämienanleihe-Propaganda sollen etwa 10 Millionen Mark ausgegeben werden sein. Damit wurden trotz der großen Papiernot ungeheure Mengen bedeutend Papier beschafft. Mit den Druckaufträgen, die nur einem ganz kleinen Kreis von Druckereien übergeben wurden, und die zu einem guten Konjunktur. Die über die Papierpreise hinaus die allergrößte Verrentung finden. Die Druckereien konnten, da sie nahezu unverändert höchster Forderungen stellen, die mit dem jetzt bildlichen Preis überhaupt nicht zu vergleichen sind, hohe Gewinne einfahren, die alles Darwegene übersteigen. In einzelnen Fällen ist nahezu das Doppelte für Druckarbeiten bezahlt worden. Viele Sonderaufträge von Mark sind durch Preisüberforderungen herausgeworfen worden, obwohl die schlechte Finanzlage zur äußersten Sparlichkeit hätte zwingen sollen. Noch am 10. Dezember, am Tage des Rechnungsabschlusses, sind erhebliche Preissteigerungen bekannt geworden. Auf den Postausfällen lagen wochenlang Millionen von Drucksachen, die nicht beordert werden konnten. Die Angehörigen des Propaganda-Ausschusses geben zahlreiche Einzelheiten auf dieser Verwendungs bekannt.

Die sozialdemokratischen Parteifunktionäre und die in der Nacht vom 10. November plötzlich mit den besten Gruppenmitglieder haben eine gute Konjunktur. Sie wissen, wo es etwas zu verdienen gibt und haben auch mit großen Erfolg bisher den Auftrag zu Anzeigen und Stellen erreicht, an denen sie sich auf Kosten der Steuerzahler ihre internationalen Kollegen füllen können. Noch vor einiger Zeit gab es unbedeutende Leute in Deutschland, die bei dem Fall Elard, der jetzt die Berichte behauptet, ganz erkennt darüber waren, daß mit amtlichen Geldern so geschändet werden konnte. Doch ehe die Affäre Elard ganz entfallen worden ist, kommt schon wieder die Nachricht von einer formidablen Einnahme der Rechte, die Grafberger neue Berichte für seine Operationen gegen die Steuerzahler leisten. Im neuen Deutschland nimmt man es eben mit den Millionen nicht so genau, zumal ja die Breite auch für Druckarbeiten, dank unseres glänzenden Standes der Volkswirtschaft als Unermessliche gelten sind. Die unverhältnismäßigen Preisforderungen der beteiligten Druckereien sind aber selbst dem Propaganda der Sparmaßnahmen auf hoch gemessen, aber die Schmiergelder, ohne die man heute jetzt nicht mehr gearbeitet werden kann, waren zu niedrig, um das Dunkel über die Angelegenheit des 10 Millionen-Fonds zu dichten. Der Fall erlaubt nicht mehr, es wird eben alles geschlossen, so die Grafberger neuen Artikel, der Berichtsarbeiten, daß Reichsnotopfer, aber sei es die Coalition der Mehrheitsparteien an der Regierung, daß uns unter Deinen in diesen Zeiten so angehen und nichtbringen geklärt. Das Vertrauen, das sie allgemein im deutschen Volk besitzt, zeigt ja der Ausgang dieser mit aller erdenklichen Propaganda- und Schiebemitteln aufgelegten Sparmaßnahmen.

Obgleich diese Millionen hinausgeworfen worden sind, ist trotz wochenlanger Propaganda ein vollkommener Mißerfolg zu verzeichnen gewesen, dessen Eindruck durch die obige Meldung noch verhärtet wird. Das Ergebnis kann uns nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, wie unangebracht, um nicht zu sagen dumm, unser „leichtfertiger aller Finanzminister“ bei der Vorbereitung der Werke gegangen ist. Anstatt sich, wie seine Vorgänger im Krieges getan haben, das auf eingearbeitete, geschäftsfähigen Anstalts der Reichsnot zu bedienen, das Kriegsanleihe über Kriegsanzleihe untergebracht hat, sieht Ergraber diesen Plan nach in letzter Stunde hintertrieben zu haben, um einer seiner Erfindungen, der „Reichsgentrale für Heimatdienst“, den Ruhm auszuwaschen. Die erste Friedensanleihe erfolgreich untergebracht zu haben, und dadurch zu beweisen, daß auch von Ergraber mal Gutes kommen könne. Allein, auch hier konnte das sind seinen Vater nicht verbergen und hat hinsichtlich verortet. Die ganze Struktur dieser vor etwa Jahresfrist ins Leben gerufenen, noch nicht abgeschafften Institution, die Ungeheures ihrer vielfach nach recht jugendlichen Leiter in der Beauftragten in der Behandlung wirtschaftlicher Fragen, die Voreingenommenheit weiter Teile der Bevölkerung gegen diese Institution, als des Sprachschrift der jetzigen Regierung, michten von Anfang an Zweifel daran aufkommen lassen, ob man nicht lieber daran gehen sollte, die vollständig neutral und allgemein bekannte Reichsnot mit der Durchführung der Anleihe zu betrauen, so wie es zuerst auch geschehen sollte.

